



DAS STEUERSYSTEM ÄNDERN FÜR DIE ARBEIT, DAS WACHSTUM, DEN SOZIALSTAAT

Die europaweite Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Situation erfordert eine Wende in der Wirtschaftspolitik Europas, wobei das Augenmerk neben der Konsolidierung der Haushalte vor allem auf die Themen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung gerichtet werden muss. Eine neue europäische Politik, die Ressourcen für Investition zur Förderung der Beschäftigung, der Innovation und der Entwicklung freisetzt, ist daher dringend notwendig.

In Italien wurden die schwierige wirtschaftliche Lage und die Notsituation im Zusammenhang mit dem Haushalt ohne eine Politik des Wirtschaftswachstums angegangen.

Stattdessen wurden drastische und ungerechte Sparmaßnahmen durchgesetzt: einerseits beim Rentensystem um kurzfristig Kasse zu machen, andererseits durch die Erhöhung des Steuerdrucks auf die fixen Einkommen (IMU Steuer auch auf die Erstwohnung, regionale IPRF- Zusatzsteuer, Erhöhung der MwSt und der Abgaben auf Treibstoffe, Verringerung der Rentenangleichung an die Inflation).

Auf diese Weis wurden wieder einmal vor allem die lohnabhängig Beschäftigten und die Rentner zur Kasse gebeten.

Eine strukturelle Reform des Steuersystems und eine politische Weichenstellung in Richtung Wirtschaftswachstum ist dringend notwendig. **Die Regierung muss sofort Maßnahmen setzen und ihre Wirtschaftspolitik ändern.**

Sofortige Reduzierung der Steuern für lohnabhängig Beschäftigte und Rentner

CGIL, CISL und UIL fordern:

- 1.** Erhöhung der Steuerabzüge für Einkommen aus lohnabhängiger Beschäftigung und Rente auf jährlich 400 Euro, innerhalb der derzeitigen Einkommensgrenze von 55.000 Euro.
- 2.** Abschaffung der IMU auf die Erstwohnung (wenn es sich nicht um eine Luxusimmobilie handelt) für Besitzer nur einer Wohnung
- 3.** Erlassung der Durchführungsbestimmungen für das Dekret, welches Steuerbegünstigungen bei Ergebnisprämien vorsieht, die aufgrund des nationalen Kollektivvertrags, Betriebsabkommen oder territorialen Abkommen ausbezahlt werden.

Eine historische Wende bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung.

Steuern werden in Italien hauptsächlich von den lohnabhängig Beschäftigten und Rentnern gezahlt. **Keine Wirtschaft verträgt eine derart große Steuerhinterziehung wie sie in Italien vorhanden ist, vor allem nicht in der neuen Phase des globalen Wettbewerbs.** CGIL, CISL und UIL fordern:

Eine Neuorganisation des staatlichen Kontrollapparats und eine Verstärkung und Ausweitung der Kontrollen.

Einen Vergleich der Datenbanken der zentralen Institutionen mit jenen der lokalen Ämtern und öffentlichen Diensten.

Abänderungen des Systems der Sanktionen und eine reale Anwendbarkeit derselben.

Revision der Sektorenstudien, damit sie als Kontrolleinstrument genutzt werden können.

Einforderbarkeit des Statuts des Steuerzahlers, um so die grundlegenden Rechte beim Umgang mit der Steuerbehörde einfordern zu können, Einrichtung einer „Charta der Steuerdienste“ und jährliche vereinfachte Übersicht über die Steuerpflichten.

Außerordentliche Maßnahmen für die Beschäftigung und die Entwicklung

Die schwierige Beschäftigungslage fordert die Umsetzung einer Politik, die Arbeitsplätze schafft, angefangen bei der hohen Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen und den Frauen, vor allem in Süditalien. Auch für die tausenden Personen, die derzeit noch eine finanzielle Unterstützung im Rahmen der Maßnahmen zur sozialen Abfederung erhalten, muss eine Beschäftigung gefunden werden.

Es müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, damit strukturelle Investitionen in materielle und immaterielle Güter, in den Transportbereich, im Energiebereich, bei dem Erhalt der Territoriums gemacht werden können. Ebenso in die Innovation und Forschung wobei alle verfügbaren öffentlichen Ressourcen und auch Privatkapital genutzt werden müssen. Bei den lokalen Ämtern muss daher der Stabilitätspakt gelockert werden, um Investitionen zu ermöglichen, wobei nationale und europäische Fonds für Süditalien genutzt werden müssen.

Wir die Forderungen von CGIL, CISL und UIL finanziert werden können

Verwendung eines Teils der finanziellen Ressourcen, die im Jahr 2012 durch den Kampf gegen die Steuerhinterziehung eingenommen wurden.

Einführung einer Vermögenssteuer auf Großvermögen

Abkommen mit der Schweiz bezüglich der Besteuerung von exportiertem Kapital

Das **Kosten** für die Politik müssen gesenkt werden, in der öffentlichen Verwaltung muss rationalisiert und die Entscheidungsprozesse vereinfacht werden.

Reform des Systems der Arbeitsvergabe im Öffentlichen Bereich, um Klientelismus, Verschwendung und Ineffizienz zu beseitigen. Diese werden vom Rechnungshof derzeit auf über 60 Milliarden geschätzt.

Sofortige Maßnahmen zur Kostensenkung in der Öffentlichen Verwaltung. Einfrierung aller Beraterverträge für zwei Jahre und Reduzierung der Entschädigung um 20% der ca. 24.000 Mitglieder von Aufsichtsräten in den Ämtern der Öffentlichen Verwaltung.

**Nationale Kundgebung in Rom am 2. Juni 2012
mit den Generalsekretären
S. Camusso, R. Bonanni, L. Angeletti**